

# Verdrängungskampf im Paradies

Die Schweiz ist ein Dorado für Einwanderer. Vor allem gutausgebildete Arbeitskräfte strömen ins Land. Die Folgen sind dramatisch: Die Preise für Wohnraum werden steigen, Normalbürger an den Rand gedrängt. Es muss rechtzeitig gehandelt werden. *Von Reiner Eichenberger und David Stadelmann*



**Hochqualifizierte Arbeitskräfte steigern die Produktivität:** Forscher an der Uni Zürich.

2009 betrug die Nettoeinwanderung von Ausländern 77 200 Personen, also rund 1 Prozent der Bevölkerung. Das ist über 40 Prozent mehr als in den ersten Jahren des Freizügigkeitsabkommens von 2002 bis 2007 und mehr als doppelt so viel wie der Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2001. Gegenüber dem Rekordjahr 2008 zeigt sich zwar ein Rückgang um einen Viertel. Der scheint jedoch seit Februar 2010 gestoppt, und die Prognosen für die Zukunft sind aus unserer Sicht eindeutig: Tendenz steigend.

Mit den heutigen gesetzlichen Regelungen treiben zwei Faktoren die Einwanderung: die Höhe des Schweizer Lebensstandards im internationalen Vergleich sowie die Verfügbarkeit von attraktiven Arbeitsstellen für Immigranten. Bei beidem bietet die Schweiz auf absehbare Zeit mehr als früher. Die Weltwirtschaftskrise hat die grossen Stärken der Schweiz noch sichtbarer gemacht. Dank guten politischen Institutionen – insbesondere direkter

Demokratie und ausgeprägtem Föderalismus – hatte sie schon vor der Krise vergleichsweise gesunde Staatsfinanzen, stabile Sozialwerke, eine gute Infrastruktur, einen flexiblen Arbeitsmarkt und dadurch tiefere Arbeitslosigkeit. Deshalb (und mit Glück) ist sie weit besser durch die Wirtschaftskrise gekommen als die meisten europäischen Länder. Daraus ergeben sich gute Wachstumsaussichten und damit viele attraktive Stellen für Einwanderer.

## Vorteile der politischen Institutionen

Zugleich wird den Erwerbstätigen vom Wachstum mehr bleiben als im übrigen Europa. Denn die zu erwartende Steuer- und Abgabenbelastung ist deutlich tiefer, insbesondere auch, weil die Altersvorsorge solide finanziert ist. Damit ist die Schweiz der Zukunft ein Erwerbstätigen- und Einwandererparadies.

Die zuständigen Bundesämter stellen regelmässig fest, dass die Einwanderung zu Wirt-

schaftswachstum führt. Das ist zwar richtig, aber unwichtig. Denn Einwanderung führt zwangsläufig zum Wachstum der gesamten Wirtschaft. Wenn mehr Menschen arbeiten und konsumieren, muss das Volkseinkommen insgesamt steigen. Ohne das einwanderungsbedingte Bevölkerungswachstum von rund einem Prozent wäre das gesamte Volkseinkommen im Krisenjahr wohl um rund ein Prozent stärker gefallen. Na und? Das gesamte Volkseinkommen ist für den einzelnen Bürger praktisch bedeutungslos. Den Chinesen geht es nicht besser als den Luxemburgern, nur weil China dank seiner Grösse auch ein grösseres Gesamteinkommen hat. Von Bedeutung sind fast nur Einkommen und Wachstum pro Kopf. Die Frage ist also, wie sich die Einwanderung auf das Pro-Kopf-Einkommen auswirkt.

Mit der heutigen Einwanderung wächst insbesondere das Angebot an relativ hoch quali-

## Je mehr Arbeit und Kapital in die Schweiz fliessen, desto knapper wird der Boden.

fizierten Arbeitskräften. Hochqualifizierte Arbeit wird deshalb weniger knapp, relativ wenig qualifizierte Arbeit wird hingegen knapper. Kurzfristig sinken deshalb die Löhne für Hochqualifizierte, wohingegen die Löhne für wenig Qualifizierte steigen. Dass dies tatsächlich zutrifft, zeigt auch eine neue vom Bund in Auftrag gegebene Studie der Berner Ökonomen Michael Gerfin und Boris Kaiser. Dabei gibt es eine Vielfalt an längerfristigen Wirkungsmechanismen.

1— Weil die Löhne für Hochqualifizierte sinken, sinken auch die Lohnkosten der Unternehmen. Das macht die Schweiz international wettbewerbsfähiger. Das zieht Investitionen an, was neue Arbeitsplätze schafft und den negativen Lohneffekten entgegenwirkt.

2— Weil die Löhne der Hochqualifizierten nur langsam wieder auf das alte Niveau steigen, bleiben auch die Lohnstückkosten der Produzenten tief. Tiefere Kosten heissen aber auch tiefere Preise, was den realen Lohnverlust mindert.

3— Weil die Löhne der Niedrigqualifizierten steigen, werden aufgrund des Freizügigkeitsabkommens bald mehr Niedrigqualifizierte einwandern – was deren Löhne wieder senkt. Weil das alles nur langsam geht, bewirkt die Einwanderung von Hochqualifizierten eine



gewisse Angleichung der Löhne. So titelte kürzlich die NZZ freudig: «Einwanderung nivelliert Löhne». Bald dürften aber die Nachteile nivellierter Löhne sichtbar werden: Sie mindern auch die Anreize der Schweizer, sich höher zu qualifizieren.

Zu welchem Gleichgewicht treiben diese komplexen Anpassungsmechanismen die Löhne? Die Lehrbuchantwort ist einfach: Entscheidend für die Einkommen ist die Produktivität. Diese wird vom Stand der Technik, von der Qualität der Infrastruktur und der Qualität der Gesetze getrieben (tiefe Steuern, wenig Regulierungen). Während die Technik stark durch die weltweite Entwicklung vorgegeben ist, hängen die anderen Grössen entscheidend von der nationalen und lokalen Politik und diese wiederum von der Qualität der politischen Institutionen ab. Diese wirken jedoch unabhängig von der Grösse des Landes und der Wirtschaft. Folglich wird durch den Zufluss von Arbeit und Kapital die Wirtschaft einfach proportional zur Einwanderung aufgebläht, die Pro-Kopf-Einkommen blieben also langfristig weitgehend unverändert.

Tatsächlich gibt es aber Abweichungen von der reinen Aufblähung der Wirtschaft:

1 — Die Einwanderung besonders hoch qualifizierter Arbeitskräfte dürfte die Produktivität der einheimischen Arbeitskräfte allgemein steigern, weil sie es erlaubt, internationale technische Entwicklungen schneller zu adaptieren. Aufgrund neuer wissenschaftlicher Studien sind solche positiven Externalitäten von Bildung längerfristig bedeutend. Die dadurch erhöhten Einkommen bewirken jedoch die Einwanderung weiterer Arbeitskräfte – sowohl von hoch- wie von niedrigqualifizierten.

2 — Umgekehrt dürfte die Einwanderung auch die Vorteile der schweizerischen politischen Institutionen mindern. So schafft die direkte Demokratie ein positives Verhältnis zwischen Bürger und Staat und damit eine relativ hohe Steuermoral. Wenn nun wegen der Einwanderung ein zunehmender Anteil gerade der guten Steuerzahler kein Stimmrecht hat, droht dadurch die Steuermoral zu sinken.

### Wohnraum wird unerschwinglich

Es scheint also immer komplizierter zu werden. Zum Glück vereinfacht ein bisher vernachlässigter Faktor die Analyse massiv. Die beschleunigte Zuwanderung der mobilen Faktoren Arbeit und Kapital wird durch den immobilen Faktor Boden begrenzt. Je mehr Arbeit und Kapital in die Schweiz fließen, desto knapper wird der Boden, wodurch die Bodenpreise und die Mieten steigen. Wie dieser Mechanismus funktioniert, illustriert heutzutage der Kanton Zug. Zug zieht, unter anderem dank tiefer Steuern, immer mehr Personen und Firmen an. Doch dadurch wird Zug nicht einfach immer nur noch attraktiver. Vielmehr sind dort mittlerweile die Bodenpreise so hoch, dass

sich die Zuwanderung für Normalbürger kaum noch lohnt, weil ihre Steuerersparnisse durch die viel höheren Mieten überkompensiert werden. Die Zuwanderung lohnt sich nur noch für sehr gut Verdienende, deren Steuerersparnisse die Wohnkostenunterschiede überwiegen. Dieser Mechanismus wird immer grössere Gebiete der Schweiz prägen. Durch die starke Zuwanderung Hochqualifizierter und die dadurch ausgelösten Bodenpreissteigerungen wird die Schweiz für weniger qualifizierte Arbeitstätige unattraktiver.

Diese «Zugisierung der Schweiz» wird durch die Politik verstärkt. Hochqualifizierte bringen dem Staat typischerweise höhere zusätzliche Steuereinnahmen als Ausgaben, also einen fiskalischen Überschuss. Das erlaubt Steuersenkungen, was die Attraktivität der Schweiz insbesondere für Hochqualifizierte weiter erhöht. Zudem erhält der Staat Anreize, seine Leistungen verstärkt auf die Bedürfnisse der Hochqualifizierten auszurichten, genau so wie wir es in Zug und anderen Einwanderungsgebieten, etwa Ausserschwyz, heute beobachten können.

Die Kumulierung der verschiedenen Effekte bewirkt tendenziell höhere Löhne, viel höhere Bodenpreise und ein stärker an den Bedürfnissen Gutverdienender ausgerichtetes Angebot öffentlicher Leistungen. Dadurch gewinnt die Schweiz für Hochqualifizierte sowohl als Arbeits- wie auch als Wohnort an Attraktivität. Für Niedrigqualifizierte wird sie hingegen vor allem als Arbeitsort attraktiver. Deshalb dürfte die Zahl der Grenzgänger massiv zunehmen. Als Wohnort bleibt die Schweiz nur für Niedrigqualifizierte mit sehr geringen Raumanprüchen oder staatlichen Wohnkostenzuschüssen attraktiv. So droht aus der «Zugisierung» eine «New Yorkisierung» mit gewaltigen Einkommensunterschieden zu werden. Diese Mischung bietet eine gewaltige Herausforderung für die zukünftige Politik.

Oft werden die Eigenheimbesitzer als Gewinner der Liegenschaftspreiserhöhung gesehen. Das ist aber falsch. Sie könnten zwar ihre Liegenschaften mit grossem Gewinn verkaufen. Danach benötigten sie ja aber weiterhin Wohnraum, den sie teuer kaufen oder mieten müssten. Real werden die Besitzer selbstgenutzter Liegenschaften also nicht wirklich reicher. Vielmehr trifft sogar das Gegenteil zu: Während die Preissteigerung aus ihrer Sicht nur Inflation für den Preis von Wohnraum ist, steigen ihr Eigenmietwert und damit ihre Einkommenssteuern, ihre Vermögenssteuern und die Liegenschaftsgewinnsteuern. Reale Gewinne bringen Wohnraumpreissteigerungen nur für Besitzer von vermieteten Liegenschaften – und für die, die ihr Haus teuer verkaufen und ins Ausland ziehen.

Bleiben die Mieter. Für sie ist entscheidend, wie schnell sich ihre Mieten der neuen Marktlage anpassen. Mieter von subventionierten Wohnungen mit Kostenmiete und in alten

Mietverhältnissen – tendenziell ältere Personen – werden wenig getroffen, wohingegen Personen, die erstmals einen Haushalt gründen oder umziehen wollen – tendenziell jüngere Personen –, stark unter den Preissteigerungen leiden.

Der Bundesrat möchte die Einwanderung durch die Einschränkung des Zuzugs von Arbeitskräften aus dem Nicht-EU-Raum eingrenzen. Dies würde nicht nur Firmen belasten, die auf den Zuzug von Spezialisten angewiesen sind, sondern es ist auch inkonsistent: Wer wie der Bundesrat argumentiert, das Freizügigkeitsabkommen mit der EU sei für die Schweiz volkswirtschaftlich vorteilhaft, müsste konsequenterweise auch argumentieren, dass Freizügigkeit zumindest mit den OECD-Ländern



Drohende «New Yorkisierung»: Zug.

vorteilhaft ist. Denn dass die Vorteile der Freizügigkeit gerade an der EU-Grenze haltmachen, ist nicht plausibel.

Viele linke Politiker rufen nach griffigeren flankierenden Massnahmen. Mindestlöhne sollen die relativ niedrig qualifizierten Einheimischen vor Lohndumping schützen. Dieses Rezept versagt jedoch unter den heutigen Bedingungen völlig. Hohe Mindestlöhne ziehen nur noch mehr Einwanderer an und beschleunigen die Ersetzung relativ gering qualifizierter Einheimischer durch besser qualifizierte Einwanderer. Bald wird gefordert werden, die Interessen der bisherigen wenig qualifizierten Einwohner mit Mietpreisregulierungen zu schützen. Diesen Weg hat seinerzeit New York gewählt. Die Altmieten wurden so reguliert, dass sie der Nachfrageerhöhung infolge Zuwanderung nicht angepasst werden konnten. Das macht aber die bisherigen Mieter immobil, weil sie bei einem Umzug in eine neue

Wohnung ihre Privilegien verlieren. Zudem bricht es den Anreiz der Vermieter, ihre Liegenschaften gut zu unterhalten. Dies war mit ein Grund für den Niedergang oder gar Verwundung ganzer Stadtgebiete.

Manche rechte Politiker möchten das Freizügigkeitsabkommen mit der EU kündigen. Dagegen sprechen nicht nur alle bis heute gegen diese Massnahme vorgebrachten Argumente, sondern insbesondere auch unsere Analyse. Die Einwohner mancher Kantone dürften von einer Zugisierung träumen. Schliesslich werden die Einkommen sowohl der Schweizer wie der Zuwanderer massiv wachsen.

Damit stellt sich die Frage, inwiefern es möglich ist, mit den grossen Gewinnen die Verluste der Verlierer zu kompensieren und vielleicht sogar die grossen Gewinne aus der Einwanderung stärker zugunsten der bisherigen Einwohner der Schweiz umzulenken.

### **Die Wehrpflicht abschaffen**

Verlockend wäre, die bisherigen Einwohner tiefer als die Neueinwanderer zu besteuern. Aufgrund der Freizügigkeitsabkommen ist das verboten und liesse sich wohl auch für Einwanderer aus Nicht-EU-Ländern nicht umsetzen. Hingegen könnten Steuern, die ausschliesslich Schweizer belasten, abgeschafft werden.

Die grosse «Schweizersteuer» ist die Wehrpflicht. Sie verlangt, dass junge Schweizer in

ihren Altersjahren von zwanzig bis dreissig rund ein Jahr Dienst leisten. Der Erwerbsersatz deckt die Lasten und Opportunitätskosten der meisten bei weitem nicht ab. Damit gilt für junge Schweizer ein eigentlicher «Wehrzehnt», von dem die jungen Einwanderer befreit sind. Das bewirkt schwerwiegende Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Wehrpflicht verlängert die Ausbildungszeit der Schweizer und stellt eine grosse Belastung

---

### **Die Frage ist, wie man mit den grossen Gewinnen die Verluste der Verlierer kompensieren kann.**

---

für die ganze Volkswirtschaft dar. Die Aufhebung der Wehrpflicht und der Übergang zum effizientesten Wehrmodell, der Freiwilligenmiliz, würden die Mehrbelastung für die Schweizer Volkswirtschaft minimieren.

Ein Ansatz ist, Tätigkeiten besser zu entlohnen, die vor allem durch Einheimische ausgeführt werden und die, wenigstens gemäss den betroffenen Berufsgruppen – z. B. Polizisten, Politiker, Lehrer –, weit unterbezahlt sind. Die Finanzierung könnte idealerweise durch eine spezielle Steuer auf der Wertsteigerung von nicht selbstgenutztem Wohnraum und Boden erfolgen, da deren Besitzer ja wie diskutiert die Hauptgewinner der Einwanderung sind.

Reizvoll ist auch der Vorschlag, die Bürger für die Beteiligung am politischen Prozess zu entschädigen. So könnten alle Schweizer und länger ansässige Ausländer die Aufgabe als «aktive Bürger» übernehmen. Die betreffenden Personen müssten sich bereit erklären, besonders aktiv am politischen Prozess teilzunehmen, insbesondere regelmässig abzustimmen und zu wählen, sowie zusätzliche Unterlagen zu studieren. Dafür würden sie mit einer Pauschale entschädigt. Dadurch würden die besonderen Fähigkeiten und Kenntnisse der bisherigen Einwohner genutzt und ihr politisches Engagement erhöht. Durch die Pauschalzahlung würden relativ Unqualifizierte überproportional profitieren. Und die zusätzlichen finanziellen Lasten würden gerecht auf die bisherigen Einwohner und Einwanderer verteilt.

Die kommende Einwanderung führt zu dramatischen Veränderungen. Nur wenn die Diskussion rechtzeitig geführt wird, besteht Gewähr, dass die wirklichen Vor- und Nachteile der Optionen auf den Tisch kommen und sinnvolle Massnahmen ergriffen werden.

**Prof. Dr. Reiner Eichenberger** ist Ordinarius für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg sowie Forschungsdirektor von CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts).

**Dr. David Stadelmann** ist Oberassistent am Departement für Volkswirtschaftslehre der Universität Freiburg sowie Research Fellow von CREMA.